

Zeitung deutscher Bergleute.

Verbands  Organ.

Annoncenpreis für Nichtmitglieder 50 Pfg. pr. Monat, 50 Pfg. pro Quartal frei ins Haus. Durch die Post bezogen pro Monat 70 Pfg., pro Quartal 2 Mark 10 Pfg. Einzelne Nummern kosten 30 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur J. Schilde.
Herausgeber Johann Meyer.
Druck von Frau Joh. Seup, sämtlich in Gelsenkirchen.

Nro. 33.

Gelsenkirchen, den 13. August 1892.

4. Jahrgang.

Das Ende.

Bedrückt sie nur, die armen blauen Massen,
Verkürzt den Lohn und mehrt die Arbeitslosen;
Daß die Maschinen rasselnd nur und tosen
Zum Untergange der entsetzten Klassen.

Was ihr befördert, ist das Denken, Hoffen
Von Millionen, die im Schweiße harben,
Für euch erwerben und nur stets erwerben —
Ihr habt der Freiheit unbewußt die Gassen.

Denn auch das Volk, so arm und vielgebuldig,
Wird endlich aufstehn wie ein Mann und sprechen:
Genug der Dummheit — sonst wird sie Verbrechen.
Und ohne Gnade lautet dann sein: Schuldig!
Ja schuldig — denn ihr bedrückt die Massen —
Und Noth und Hunger bringen sie zum Hassen.

Ueberproduktion und Nothstand.

„Hohe Löhne“, so sagte ein österreichischer Gewerbeinspektor, „ist die beste Wohlfahrtsanweisung“. Ein anderer aber behauptete: „Hat der Arbeiter Geld, so verdient alle Welt.“ Daß aber gegenwärtig die Sache nicht so liegt, ergiebt sich zur Evidenz aus der gegenwärtigen Geschäftslage. Dieselbe soll nach dem weisen Rathschlusse bürgerlicher Detonomen ein Ergebnis der Ueberproduktion sein. Es soll mehr hervorgebracht sein, als die Menschheit, die Gesellschaft überhaupt zu ihrer Erhaltung nöthig hat. Es ist aber verkehrt und grundfalsch, von einer Ueberproduktion schlechthin zu sprechen. Wir behaupten, daß eine solche d. h. eine Gütererzeugung über den Bedarf der Menschheit hinaus zur Zeit nicht vorhanden ist und vorläufig noch zu den Unmöglichkeitkeiten gehört.

Nicht minder abgefaßten ist die Hypothese (Behauptung), daß das gegenwärtige Masseneleud eine nur zu naturgemäße Folge der modernen Ueberbevölkerung sei. Ob beide jemals eintreten werden, kann man allerdings nicht voraussagen, doch ist es jedem gestattet, berechnete Zweifel darüber zu hegen.

Auch wir gehören zu den Zweiflern, denn wir verlassen uns auf jenes bewährte Sprichwort: „Noth lehrt denken.“ Der immer rastende Geist der Menschheit findet gerade in dieser eine wirksame Triebfeder. Nicht wollen wir damit gesagt haben, daß auf der tiefsten Stufe des Elends die ersten Bedürfnisse gut gedeckt werden, sondern nur, daß fast der ganze bisherige Kulturfortschritt einem gewissen Nothstand zu verdanken ist. Mit den ihn umgebenden mißlichen Verhältnissen unzufrieden, mußte der Mensch stets darauf bedacht sein, sich diesen Unzulänglichkeiten zu entziehen. Melancholie die Noth zur Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht mehr aus, so suchte er sich ein anderes Gefilde, er nahm den Ackerbau, die Landwirthschaft hinzu und bewirkte so stets und stets vorwärtsschreitend den ganzen Fortschritt unserer kulturellen Entwicklung.

So wird es auch bleiben und je mehr die Zahl der Erdenbewohner zunimmt, um so mehr wird es ihrem Schicksal gelingen, neue Oasen, aus denen sie die Befriedigung ihrer Bedürfnisse herleiten kann, ausfindig zu machen. Aus diesem einfachen Entwicklungsengang der menschlichen Thätigkeit ergiebt sich mit Naturnothwendigkeit, daß niemals zu viel für die dem jedesmaligen Standpunkt der Kultur entsprechenden menschlichen Bedürfnisse erzeugt wird. In einer geregelten Gesellschaftsform wird man gerade dem allgemeinen Konsum entsprechen.

Betrachten wir einmal, um eine Vorstellung von solcher Gesellschaft zu haben, das Leben einer Familie unter der Naturalwirthschaft. Hier warben alle Bedürfnisse der Mitglieder im Hause selbst befriedigt, es wurde gesponnen, gewebt, geflochten, geschnitten, geädelt, genäht, geschlachtet, Ackerbau und Viehzucht betrieben, kurzum alle Güter erzeugt, deren die Familie zu ihrer Erhaltung bedurfte. Dagegen wäre es, wollte man hier von einer Ueberproduktion sprechen.

Wohl wird es vorgekommen sein, daß in einem Jahre die Ergiebigkeit der Produktion etwas größer war. Dafür aber werden auch dann die Bedürfnisse sich gesteigert haben oder aber die geringere Produktion späterer Jahre, herbeigeführt durch schädliche Einflüsse, wird dieses Mehr verzehrt haben. In jedem Falle wird also ein Ausgleich vor sich gegangen sein. Die Zwischenzeit bis zu diesem wird aber niemals einen schweren Nothstand für die produzierenden Familienmitglieder herbeigeführt haben.

Wie anders liegt das aber hier? Zur Zeit, wo sich die verderblichen Folgen einer sogenannten Ueberproduktion fühlbar machen, herrscht mehr oder minder in allen Kreisen eine Mißstimmung, in den wenig begüterten und desglücken sogar ein wirklicher Nothstand. Alle Glieder der großen Menschheitsfamilie, alle Angehörigen der menschlichen Gesell-

schaft empfinden den Druck der Verhältnisse und besonders leiden darunter die weiten zahlreich bevölkerten Schichten der Arbeiterwelt.

Ergreift aber wirklich ein Nothstand? Sind nicht Waaren in Hülle und Fülle vorhanden? Sehen wir nicht in Magazinen und Verkaufsgeschäften einen Ueberfluß der geradezu erstaunlich erscheint? Und doch, trotz dieser Güterfülle, giebt es zahlreiche Menschen, die vor Hunger und Durst nicht wissen, wo sie des Abends ihr Haupt zur Ruhe betten sollen. Sie empfinden mit aller Begierde das Bedürfnis satt zu werden, ihre zerlumpten Kleider mit besseren auszutauschen. Ihnen fehlt verschiedenes, was zum Leben unbedingt notwendig ist und dabei sehen sie, daß es an anderer Stelle aufgespeichert liegt, in den Schaufenstern unter den glänzenden Strahlen der Sommer Sonne verblüht oder gar, weil es nicht erhalten werden kann, zum Dung auf die Felder geschafft, oder, um seinen augenblicklichen Eigenthümer vor schweren Nachschüssen zu schützen, in die unendlichen Tiefen des Meeres versenkt werden muß. Erst vor wenigen Jahren meldeten die Blätter, daß ganze Schiffsladungen auswärtigen Getreides absichtlich dem Untergang geweiht wurden, nur damit der Kornpreis in seiner Höhe erhalten werden konnte, ebenso ist noch nicht lange her, daß aus dem gleichen Grunde die Felder mit Düngungen bedüngt wurden.

Der arme Weber im Salengebirge, der Grubenproletarier des schlesischen Gebietes, war aber trotz dieses reichlichen Ueberflusses nicht in der Lage sein Kleinstbrod aufzugeben, er konnte nicht seine tägliche Kartoffelmahlzeit mit dem würzigen Geschmack eines einzigen Heringes auch nur geringfügig verbessern. So aber wie es diesen ging, so geht es heute fast allen Arbeitern ausnahmslos und am schlimmsten denjenigen, deren Berufsart den nachtheiligen Einflüssen der gegenwärtigen Krise am meisten unterworfen ist.

In diesem Falle also den Bergleuten, bei denen der durch die sogenannte Ueberproduktion hervorbeschorene Abzahnung, zur Einschränkung der Betriebe, zur Einlegung von Feiertagen, Lohn- und Bedingelherabsetzung, Massenentlassung u. d. d. geführt hat.

In der That haben wir es aber hier nicht mit einer Ueberproduktion zu thun, sondern mit einer Unterkonsumtion. Nicht also die Gütererzeugung über den Bedarf der Menschheit hinaus, sondern einfach der Verbrauch von Gütern, der weit hinter dem Maß des wirklich Hervorgebrachten, noch weiter aber hinter dem Maß, das nur zur kümmerlichsten Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse hinreichen dürfte, zurückbleibt, ist die Ursache der Geschäftskrise, des jetzt herrschenden Abzahnungsmangels. Nicht für die menschliche Gesellschaft ist zu viel geschaffen, sondern der größte Theil derselben ist so traurig gestellt, daß er das, was hervorgebracht worden ist, nicht einmal verbrauchen kann, daß er es, trotzdem er es bringen notwendig hätte, einfach liegen, verderben und verworfen lassen muß.

Es liegt also an der Armuth des Volkes. Die Kaufkraft des Arbeiters ist zu gering, als daß er wirklich die Nothdurft des Lebens stillen könnte. Sehen wir uns einmal die Lage eines Bergmannes näher an.

In Oberschlesien ist die Noth des Grubenarbeiters gerade zu sprichwörtlich. Der durchschnittliche Lohn übersteigt niemals 60 Mark den Monat und stellt sich infolge der Feiertagen auf 13 und noch weniger Mark.

Ein Bergarbeiter in Königsbühl bekam:

im Oktober 1891	72,84 Mk. Abzug*)	3,10 Mk.
„ November „	54,73 „	3,22 „
„ Januar 1892	53,80 „	3,07 „
„ April „	62,45 „	3,08 „
„ Mai „	45,50 „	3,17 „
„ Juni „	13,20 „	3,— „

Es blieben somit:

im Oktober	69,74 Mk.	im April	59,37 Mk.
im November	71,56 „	im Mai	42,33 „
im Januar	51,75 „	im Juni	10,20 „

Der durchschnittliche monatliche Lohn beträgt somit 53 resp. 49,62 Mk.

Nun sehen wir uns das monatliche Budget an:

Knappschätzbeitrag	6,— Mark
Wohnung	5,— „
Brod	20,— „
Bader	2,40 „
Kaffee	1,60 „
Milch	4,— „
Salz	—,40 „
Getreide	—,80 „
Seife	1,20 „
Petroleum	—,60 „
Kartoffeln	6,20 „
Speck	2,40 „
Kleine Ausgaben	4,— „

Summa 54,60 Mk.

*) Abzug an Büchergeld, Invaliden- und Altersversicherung, sowie Krankheitsbeitrag usw.

Somit hat der Arbeiter einen monatlichen Fehlbetrag von 4,88 Mk. Dabei sind die Ausgaben nur auf das nöthigste beschränkt. Den Hauptposten nimmt Brod ein, dann folgen Kartoffeln, Knappschätzbeiträge, Wohnung usw. Butter oder Fleisch bekommt der überschlechtige Grubenproletarier allenfalls in den Schlachter- und Fettwarenhandlungen zu sehen. Er muß sich dafür mit Speck begnügen. Woher soll er nun aber erst die Kleidung Stiefel und dergl. nehmen? Zu bemerken ist noch, daß dies der Hochlohn ist, den ein Berg- oder Hüttenarbeiter in Oberschlesien bekommt.

Steht es so traurig mit der Lage der Arbeiter in gegenwärtiger Krise aus, so wird sie nicht erheblich gebessert in der Zeit des flotten Geschäftsganges. Sind auch dann die Löhne etwas höher, so steigen doch infolge der verstärkten Nachfrage die Lebensmittelpreise mindestens im gleichen Verhältnisse.

Hierzu kommt, daß der Bergmann in schlechten Zeiten mehr, wie je auf Darlehen angewiesen ist und dann in glücklicheren Zeiten schwer zu thun hat, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden.

In jedem Falle ist der Verdienst so gestellt, daß es nur zur Aufrechterhaltung der äußersten, notwendigen Bedürfnisse ausreicht.

Hierin liegt auch ein wichtiges Moment, welches die Förderung der Krisen ungemein begünstigt. Das Unternehmertum kennt die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht, es bemüht sich aus Furcht vor etwaigem Absatzmangel seine Güter so wohlfeil wie möglich auf den Markt zu schleudern, um sie nur dem Käufer recht leicht erreichbar zu machen. Das geschieht aber nur unter äußerster technischer vervollkommener Massenfabrikation. Eine notwendige Begleiterscheinung hierbei ist aber auch das Herabdrücken der Löhne und somit die Schwächung der Kaufkraft.

Wären nun alle diese Umstände wechselseitig und nebeneinander, so ergäbe sich eben auf der einen Seite eine Fülle, zu der andererseits die Konsumfähigkeit des Volkes in gar keinem Verhältnisse steht. Rohnerhöhungen und dergl. können auf die Dauer auch hier nicht Abnehmer schaffen, sie werden nur vorübergehend eine Besserstellung herbeiführen, dafür aber einen um so jäheren Sturz in noch größeres Elend zur Folge haben.

Die einzige Radikalkur ist eben die Beseitigung der Ursache. Als solche aber bezeichneten wir schon bei früherer Gelegenheit die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln. Schafft man diese ab, hebt man hier das Privateigenthum auf, stellt man die zur Gütererzeugung erforderlichen Mittel in den Besitz und in den Dienst der menschlichen Gesellschaft, so wird das Uebel der Klassenherrschaft, der Ausbeutung und Lohnsklaverei ganz von selbst vernichtet. Dann erst wird jeder das genießen, was er hervorgebracht hat, jeder wird zu dem vollen Ertrag seiner Arbeit gelangen.

Das ist das Endziel unserer Bestrebungen, das wird der Erfolg des täglich heftiger entbrennenden Klassenkampfes sein. Darum nicht nach rechts und links geschaut, unentwegt und unablässig vorwärts marschirt auf dem geraden Wege des revolutionären Sozialismus; nur dieser führt zum Siege, zur goldenen Freiheit!

Zweite Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergleute.

(Originalbericht.)

(Schluß).

3. Sitzung.

Die Sitzung wird gegen 10 Uhr Vormittags eröffnet und erklärt dieselbe sich für beschlußfähig. Es wird zunächst die Wahl des Vorsitzenden vom Kontrollausschusse vorgenommen. Bei derselben werden für 3 Kandidaten Stimmen abgegeben und zwar für Klobes 27, Schwanke 17 und Spitzel 15. Demnach ist also Klobes gewählt.

Es wird nunmehr zur Statutenberatung übergegangen.

Der § 1 soll nach einem Antrag Margraf geändert werden und zwar schlägt dieser vor an Stelle der Worte: „Die zeitgemäße Aenderung der Bergarbeiter-Ordnungen“ zu setzen: „Einfluß auf die Gesetzgebung“. Der Antragsteller begründete seinen Vorschlag dahin, daß das hoch ansehnliche Streben sei und, da der Verband doch einmal als politischer Verein betrachtet würde, er auch offen Farbe bekennen müsse.

Schwinn-Dahlhausen macht demgegenüber auf die vereinigungsfehligen Schwierigkeiten aufmerksam.

Schäffer ist aus gleichem Grunde gegen den Antrag und kritisiert die eigenartigen Motive, welche zu Gunsten des Antrages vorgebracht wurden, indem er darauf hinweist, daß diese direkt im Widerspruch mit dem früher gegen die politische Thätigkeit einzelner befohlener Verbandsbeamten gehegten Bedenken ständen.

Schwanke-Gelsenkirchen macht einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung nur von einer kräftigen Organisation abhängig und empfiehlt den Leitern der Gewerkschaften nur

die Förderung derselben und ein Zurückziehen von jeder größeren politischen Agitation.

Der Antrag Margraf wird hiernach mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Der § 2, welcher von dem Anfang und der Zulässigkeit der Mitgliedschaft handelt, soll durch einen Antrag Bartisch-Altwasser dahin erweitert werden, daß auch Hüttenarbeiter aufgenommen werden können. In der Begründung wies der Antragsteller besonders auf die eigenartigen Verhältnisse in Schläfen und der Provinz Sachsen hin. Die schließlichen und schließlichen Beschlüsse fürbilden zum Teil Erze, welche auch auf denselben sofort zur weiteren Verarbeitung gelangen. Da die Interessengemeinschaft schon aus der einheitlichen Verwaltung der Berg- und Hüttenarbeiter unterworfen seien, hervorgehe, so gebiete aber auch andererseits die gemeinsamen Knappheitsverhältnisse, der die Berg- und Hüttenarbeiter angehören müßten, ein geschlossenes Zusammengehen.

Sachmann-Saarrebrückerspricht sich ebenfalls von dem Antrag eine große Zunahme des Mitgliederbestandes im Saarrebrück und tritt gleichfalls energisch für die Erweiterung zu Gunsten der Hüttenarbeiter ein.

Schönwald-Massen polemisiert gegen den unter Bergleuten herrschenden Kassengeist und schlägt als Titel: „Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter“ vor.

Diesem steht ein Antrag Spärl-Notthausen gegenüber. Derselbe wünscht die Zulassung aller Arbeiter ohne Unterscheidung des Berufs.

Dagegen wendet sich Hausmann-Gelsenkirchen, der nicht für zu große Centralisationen ist und das besonders bei dem noch großen Kassengeist der Bergarbeiter eher für eine Schmäherung des Verbandes hält.

Werbelmann-Wattenscheid erachtet diese Ausdehnung auf die Hüttenarbeiter nicht so sehr wegen der damit verbundenen Befestigung des Kassengeistes, sondern im Interesse des Consumvereins für geboten und verspricht sich gerade für letzteren einen bedeutenden Wachstum des Mitgliederbestandes.

Nach Schluß der Debatte wird der Antrag Bartisch-Schönwald mit 22 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der Zusatz zu demselben Paragraphen, die Einsetzung einer Verwaltungskommission betreffend, wurde auf diesbezüglichen Antrag gestrichen: In diesem Paragraphen werden auch die früher angenommenen Bestimmungen betreffend die Vorstand- und Kontrollantenswahlen eingefügt. Danach sollen dieselben alljährlich auf der Generalversammlung vor sich gehen und sich nur insoweit mit der Verteilung der Posten befassen als beim Vorstand der erste Vorsitzende, Kassier und Schriftführer, beim Kontrollantensrat als der erste Vorsitzende in Frage kommt. Damit sind natürlich der Schlußabsatz sowie alle hierzu im Widerspruch stehenden früheren Bestimmungen hinfällig geworden.

Das gleiche ist der Fall mit dem § 3 Absatz 1, doch ersieht der Absatz, welcher von den Befugnissen des Kontrollantensrat handelt eine Erweiterung und wird derselbe nunmehr als letzte Fassung bei Differenzen zwischen Vorstand und Mitgliedern bestimmt.

Der folgende § 4 bleibt bis auf den letzten Absatz unverändert. Dieser erhält eine genauere Form, indem er nunmehr als zu befolgende Beamte des Vorstandes den 1. Vorsitzenden, 1 Kassier und 1 Schriftführer aufzählt.

Mit der Annahme dieser Bestimmung war die Vormittagsverhandlung beendet und folgte nunmehr der Schluß der 3. Sitzung gegen 1 Uhr Mittags. Die Fortsetzung der Verhandlungen wurde auf 3 Uhr Nachmittags angesetzt.

4. Sitzung.

Die Sitzung wird um 3 1/2 Uhr eröffnet und zunächst ein Brief aus Petrograd (Siebenbürgen) verlesen, in dem von einem Streit berichtet und um Unterstützung gebeten wird.

Abenda wird in der Tagesordnung Statutenberatung fortgesetzt. Derselbe beginnt mit § 5 betreffend die Kassenberichte. Dieser Paragraph bleibt unverändert.

§ 6 Annahmen und Aufnahmen von Mitgliedern betr. Spärl-Notthausen schlägt vor den Vertrauensmännern die Vollmacht zur Aufnahme von Mitgliedern zu erteilen. Schröder widerlegt das.

Schönwald vertritt ebenfalls den von Spärl beobachteten Standpunkt und beleuchtet die schwerfällige Handhabung durch die jetzige Fassung des § 6. Der § 6 wird unverändert angenommen ebenso die übrigen Absätze derselben.

§ 7. Anzeigepflicht von dem Austritt der Mitglieder und der Ausschluss von Mitgliedern handelnd, ersieht dahin eine Veränderung, daß den Vertrauensmännern die polizeiliche Anmeldung zu überlassen und sie verpflichtet seien dem Vorstand vierteljährlich über die Anmeldungen Bericht zu erstatten.

Hierauf erwidert Kruse-Udenborn einen entschiedenen Widerspruch zu dem vorhergehenden und beantragte die Beibehaltung der bisherigen Fassung.

In gleichem Sinne äußert sich Schönwald-Massen und wird der Antrag demzufolge abgelehnt und die frühere Fassung unverändert angenommen.

Das Fische geschieht bei § 8.

In § 9, welcher von der Abhaltung und Besichtigung der Generalversammlungen handelt liegt ein erweiternder Antrag der Gelsenkirchener Delegierten vor und soll nach demselben jede Zahlstelle zur Entsendung eines Delegierten berechtigt sein.

Obwohl der Antrag begründet ist, wendet sich Schröder entschieden gegen denselben. Er erklärt in demselben eine Majorisierung der größeren Mitgliedschaften durch die kleineren und weist besonders auf die größeren Kosten der Generalversammlung hin. Seines Erachtens nach wäre der Antrag nur annehmbar, wenn eine Beschränkung resp. die Festsetzung einer bestimmten Wählerzahl darin vorgeesehen wäre.

Kruse-Udenborn vertritt einen gegenteiligen Standpunkt. Er hält das Statut, welches eine endgültige Bestimmung nicht nachweist, für lächerlich und sieht in der vom Vorstand getroffenen Eintheilung Bergverwaltung der Mitglieder.

Nachdem Schröder sich noch gegen diesen Vorwurf verwahrt und besonders auf die gleiche Handhabung bei der vorhergehenden ersten Generalversammlung hingewiesen hatte, wendet sich Schönwald-Massen überhaupt gegen die Schließlichkeit u.

Zulassung des ganzen Antrages und bezeichnet denselben als hinlänglich, weil derselbe in öffentlicher und nicht in einer Mitglieber-Versammlung beschloffen sei.

Kruse-Udenborn vertheidigt die fragliche Versammlung gegen diesen Vorwurf und wird darin von Bartisch, welcher auf die schließlichen Verhältnisse aufmerksam macht, unterstützt.

Thome-Saarrebrück äußert sich ebenfalls gegen den Antrag und beleuchtet besonders die Kostensteigerung, welche bei der vorgeschlagenen Art der Vertretung seitens der Zahlstellen der Augenbelegen verursacht werden würde.

Spärl-Notthausen hält es für nebensächlich, daß der Antrag in öffentlicher Versammlung gestellt sei, während Drangenberg-Steele nur eine Klärung dieser Sache für wünschlich hält, wenn der der Mandatprüfungskommission vorliegende Protestbrief wider die Delegierten von Gelsenkirchen, Udenborn und Brantaurschaft vollständig zur Verlesung gelangen würde.

Kahn-Wattenscheid erklärt in der Kritik Schönwald's eine mehr persönliche Mordgeleit.

Bei der Abstimmung wird die beantragte Fassung abgelehnt. Außerdem sollte der § 9 dahin abgeändert werden, daß nicht mehr der Vorstand und Kontrollantensrat gemeinsam, sondern jede der beiden Körperschaften für sich zur Einberufung von außerordentlichen Generalversammlungen ermächtigt sein sollten.

Bunte-Dortmund begründet den Antrag damit, daß die bisherige Fassung erst die vorherige Einigung des Vorstandes und Kontrollantensrat voraussetze, während bei Differenzpunkten zwischen beiden Corporationen die zur Schlichtung derselben notwendige Generalversammlung das selbstständige Vorgehen jeder der beiden streitenden Theile notwendig und wünschenswerth erscheinen lasse.

Schröder bezeichnet diese Erweiterung für unwesentlich und blickt darin nur eine beabsichtigte Verzögerung der Verhandlungen. Der Antrag wird abgelehnt und die bisherige Form des § 9 somit beibehalten.

In dem Schlußparagraphen erklärt Dringewald-Wattenscheid insofern Mängel als im Auflösungsfall des Verbandes nicht über die Verwendung der Gelder gesagt worden ist.

Schröder setzt auseinander, daß eine Bestimmung umso weniger notwendig sein dürfte, als ja die Auflösung von dem Beschluß einer Generalversammlung abhängig sei und diese kann wohl selbstverständlich über die Verwendung der Gelder Verfügungen treffen werde. Dieser Meinung schließt sich auch die Majorität an und beschließt den Paragraphen in derselben Form beizubehalten.

Somit ist die Statutenberatung beendet.

Zur Vorberatung verschiedener noch unerledigter Anträge, der Preßangelegenheit und zur Prüfung der Druckofferten wird eine fünfsitzige Kommission eingesetzt. Dieselbe besteht aus Spärl-Notthausen, Bunte-Dortmund, Schönwald-Massen, Schwindt-Dahlhausen und Hausmann-Gelsenkirchen und zieht sich sofort nach ihrer Wahl zur Beratung zurück.

Freilich gelangt der Antrag Schwindt und Gen. die Wahl des Vorstandes durch Abstimmung betr. zur Debatte.

Schöbriek-Fulda hält den Antrag für zu weitgehend und beantragt, daß die Wahlberechtigung von einer bestimmten Zeit der Zugehörigkeit zum Verband abhängig gemacht werden soll und schlägt 1 Jahr vor.

Schröder wendet sich gegen diesen Antrag und glaubt, daß er undurchführbar sei. Zwar habe er anfangs auch dem Antrag sympathisch gegenüber gestanden, doch habe er gerade gestern eine Bekläre zur Verfügung gehabt, welche auch auf die schweren Nachteile, dieses nur auscheinend demokratischen Mobus eine große Beleuchtung warf. Außerdem hege er gerade bei Annahme dieser Bestimmung schwere Befürchtungen für den Verband. Diese noch junge Organisation solle sich nicht mit Neuerungen so weitgehender Art befassen, die noch keine einzige der älteren bewährteren Gewerkschaften sich zu eigen gemacht habe. Er bitte daher, den Antrag abzulehnen.

Thome-Saarrebrück hält diesen Abstimmungsmodus für äußerst schwerfällig und befreit, daß eine Parallele mit der Volksabstimmung in der Schweiz zulässig ist. Dort würden die Repräsentanten und Bundesvorsitzenden auch nicht durch Abstimmung berufen, sondern gelange nur bei gesetzlichen Maßnahmen diese Methode zur Anwendung.

Pagel-Draubauerschaft befürwortet den Antrag; doch hält er die Zeit der Mitgliedschaft von 1 Jahr für zu hoch bemessen und beantragt diese auf 1/2 Jahr zu erniedrigen.

Ebenso hält Margraf den Antrag für durchführbar. Er bezeichnet den Vorsitzenden Schröder als altweibisch, weil er sich nach anderen Gewerkschaften richtet, welche solche Abstimmungsmethode noch nicht hätten und aus dem Grunde die Ablehnung dieses Antrages befürworte. Er für seinen Theil empfehle diese durchaus demokratisch gemeinte Fassung ganz entschieden zur Annahme.

Nach einigen Mittheilungsworten Schröders spricht sich Kruse-Udenborn ebenfalls in befürwortendem Sinne aus. Bei der Abstimmung wird der Antrag mit 2/3 Majorität abgelehnt.

Hierauf tritt eine kleinere Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt Bunte namens der Präsekommission Bericht und muß hin, indem er einen darauf abzielenden Antrag nebst ausführlicher Begründung und sachmännlicherseits aufgestellten Rentabilitätsrechnung zur Vorlesung bringt, die Errichtung einer eigenen Druckerei seitens des Verbandes. Da aber nicht der Parteilichkeit sich schuldig zu machen, halte er es für seine Pflicht, auf die eingelaufenen Offerten Bezug zu nehmen. Es liegen solche von 3 Firmen vor und zwar:

1. von Frau Joh. Jeup. In derselben werden folgende Bedingungen für den Druck der „Zeitung deutscher Bergleute“ gestellt:

Auflage von 15—20,000 p:o 1000 St. 13 Mt.
„ 20—25,000 „ 1000 „ 12 „
„ 25—30,000 „ 1000 „ 11 „
„ 30—40,000 „ 1000 „ 10 „

ohne Expedition. In der Druckerei würden nur erwachsene männliche Arbeiter bei tarifmäßiger Bezahlung, täglich

9 stündiger Arbeitszeit für die Seher und 8 stündiger für den Maschinenmeister beschäftigt.

Die zweite Offerte von Schöred-Offen fordert bei einer Auflage von 20 000 Exemplare pro 1000 9,50 Mt. in demselben Format wie bisher und 10,25 Mt. bei einem Format wie es der „Allgemeine Beobachter“ hat.

Das dritte Angebot ist von Siebel u. Co. (Druckerei der „Westf. Freien Presse“) eingereicht. In demselben stellt sich bei einer Auflage von 25,000 Exemplaren der Preis von 1000 auf 11 Mark. Außerdem sollen 5 Prozent vom Kleinverdienst an die Unterstufungskasse abgeführt werden und hat eine von den Mitgliedern erwählte Kommission die entsprechende Kontrolle auszuüben. Es wird in der Druckerei die 8 1/2 stündige Arbeitszeit nicht überschritten, ja sogar noch eine weitere Verminderung derselben auf 8 Stunden ins Auge gefaßt.

Die Kommission empfiehlt, sofern es die Finanzen erlauben, die Errichtung einer eigenen Druckerei.

Dreweß-Marten ist nicht für den Antrag und hegt Bedenken, daß es die Finanzen gestatten und daß der jetzige Bestand des Verbandes so bleiben würde.

Schönwald-Massen bezweifelt, daß Geld zur Gründung vorhanden und die Vortheile groß sein würden. Nach einem ihm zur Verfügung stehenden sachmännlichen Gutachten würde der Selbstkostenpreis bei richtiger Berechnung der Zinsen, Abschreibungen zc. sich auf 11 Mark pro Tausend belaufen.

Mühlenbed-Offen ist wohl für eine eigene Druckerei, hält jedoch die Zeit noch nicht für gekommen und empfiehlt daher Schöred den Druckauftrag zuzuschlagen.

Sachmann-Saarrebrück befürwortet auf Grund der Erfahrungen im Saarrebrück die Errichtung einer eigenen Druckerei.

Schröder rechtfertigt die Anschreibung und glaubt, daß die heutigen Offerten zur Genüge die Uebersichtlichkeit seitens des bisherigen Druckers in früherer Zeit bewiesen hätten. Man solle nur die frühere Preislage mit dem jetzigen Angebot der Druckerei vergleichen und dabei berücksichtigen, daß früher die Auflage 40,000, jetzt dagegen nur 25,000 betragen hat.

Freitag-Ueberruhe befürwortet auf Grund der bisherigen Erfahrungen die Errichtung einer eigenen Druckerei.

Margraf widerlegt die von Schröder vorgebrachten Ausführungen und wünscht eine entschiedene Untersuchung auf welcher Seite die Fehler gemacht sind.

Bunte-Dortmund geht ausführlich auf die Beschlässe früherer Generalversammlungen ein. Er meint, daß der im Antrag vorgesehene Anschaffungspreis zu niedrig gestellt sei, und berichtigt Müller diesen dahin, daß er sich auf 10,000 bzw. 8000 Mark belaufen würde.

Ein Antrag Jeup als Vertreter der angegriffenen Druckfirma das Wort zur Rechtfertigung zu erteilen, wurde abgelehnt.

Schönwald-Massen erinnert an das Vorkommniß von der Pfändung der Presse im Saarrebrück.

Thome-Saarrebrück befreit, daß schon jetzt eine Ueberflut über die Rentabilität des Unternehmens und ein diesbezügliches Urtheil möglich sei.

Schröder theilt die ängstlichen Befürchtungen einiger Redner mit.

Thome-Saarrebrück befürwortet den Antrag und weist auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse im Saarrebrück hin und erklärt in dem Verband als Abnehmer der Zeitung eine größere Sicherheit, als sie die freien Abonnenten im Saarrebrück gewährleisten.

Sachmann-Saarrebrück widerlegt den Einwand Schönwald's.

Kruse-Udenborn rechtfertigt Jeup, beleuchtet die Schwierigkeiten, unter denen das Jeup'sche Unternehmen in's Leben gerufen wurde und erklärt in dem Beschluß, Jeup das Wort zu versagen, ein unbedenkliches Vorgehen.

Hausmann-Gelsenkirchen befürwortet die Anschaffung einer eigenen Druckerei, macht den Vorstand verantwortlich für die ihm widerfahrte Uebersichtlichkeit und tabel, daß durch Entziehung der Expedition eine tüchtige Kraft in der Arbeiterbewegung aufs Pflaster geworfen wäre. Zum Schluß rügt Redner, daß man Jeup das Wort nicht gegeben habe.

Spärl-Notthausen steht darin auf demselben Standpunkt. Er befürwortet die Errichtung einer Druckerei und erklärt darin einen wesentlichen Vortheil für den Verband.

Schröder vertheidigt sich gegen einige Vorwürfe, stellt verschiedene Punkte richtig, empfiehlt die Errichtung einer eigenen Druckerei und weist darauf hin, daß durch die Uebernahme der Expedition einem Beschluß der früheren Generalversammlung Rechnung getragen worden ist.

Dringewald-Wattenscheid befürwortet den Antrag auf Grund des vorliegenden Gutachtens, bedauert im Uebrigen den Verlauf der Diskussion.

Margraf befreit, daß der Verband den Nutzen aus der selbst betriebenen Expedition habe und blüht das Schöred'sche Unternehmen nicht zu unterstützen. Ferner weist er auf die schweren Gefahren hin, die bei der Uebergabe des Druckauftrages an die Dortmunder Firma für den Verband erwachsen würden, hin und ruft aus: „Beden Sie den Druck der Zeitung nach Dortmund, so ist der Verband zu Grunde gerichtet!“

Schröder hebt verschiedene Vortheile der eigenen Expedition hervor.

Schwindt-Dahlhausen glaubt den Einbruch gewonnen zu haben, daß zwei Strömungen hier vorherrschen. Er erwartet, daß vor der Abstimmung vom Vorstand Aufklärung über die finanzielle Lage gegeben werde.

Schröder erklärt, daß der Verband im Stande sei, eine Druckerei zu gründen.

Hausmann-Gelsenkirchen erklärt in dem von ihm angeführten Verlaufe Schröders ein Eigenlob und hält derartige persönliche Bemerkungen für ungeschön. Er glaubt, daß die gestrige Vorstandswahl, besonders Schröders den Austritt von 1/3 der Verbandemitglieder von Bruch, Reddinghausen, Horne Draubauerschaft und Gelsenkirchen zur Folge haben würde.

Kahn-Wattenscheid glaubt, daß die Aussichten auf Rentabilität nicht so rosig seien.

Werbelmann-Wattenstich ist im Prinzip kassir, glaubt jedoch, daß die Schöndrucker'sche Offerte annehmbarer sein wird und empfiehlt die Erwerbung der Leipziger Druckereien.

Müller giebt Aufklärung über den Werth der Leipziger Materialien.

Bunte-Dortmund ist entgegengelegter Ansicht wie Hausmann, dessen Meinung dahingehet, daß eine größere Zahl von Mitgliedern anstreben würde. Ebenso in der Frage von der Erwerbung der Leipziger Presse ist er gegen die Meinung Werbelmanns und empfiehlt die Errichtung einer eigenen Druckerei.

Müller hält seine Behauptung über den Werth der Leipziger Materialien aufrecht und stützt sich auf ein Gutachten von Angehörigen der Leipziger Druckerei, die mit ihm durchaus auf gespanntem Fuße stehen. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Man fährt nunmehr in der Erledigung der Anträge fort und erhält Bunte-Dortmund weiteren Bericht darüber. Danach soll der Inhalt der Zeitung in letzter Zeit zu politisch sein und besonders sollen persönliche Reibereien zwischen Mitgliedern in Zukunft fortfallen. Ein weiterer Antrag geht dahin, eine Trennung zwischen Redaktion und Vorstand herbeizuführen sowie das Verbandsbureau nach die Druckerei nach Bochum zu verlegen.

Schröder schlägt vor, erst die weiteren Schritte zur Durchführung des angenommenen Antrages zu beraten.

Schubwald-Raßen schlägt vor, nichts Gebrauchtes zu kaufen.

Es liegt ein Antrag auf Erwerbung der Leipziger Presse vor und soll das Gutachten unparteiischer sachmännlicher Personen zuvor eingeholt werden.

Werbelmann-Wattenstich begründet den Antrag mit dem Mangel an Menschlichkeitseigenschaft.

Schröder bittet, daß nach der Geschäftsordnung 3 dafür und 3 dagegen sprechen.

Geibbrink-Fulcrum bekräftigt die Anschaffung der neuesten Konstruktionen.

Schröder-Motthausen macht die Erwerbung der Leipziger Unternehmungen von dem Urtheil der Gutachter abhängig und bekräftigt die Anschaffung ganz neuer Maschinen.

Bunte-Dortmund ist der gleichen Ansicht, er hielt eine Resolution auf den Privatunternehmer Feup nicht für angebracht und empfiehlt die Anschaffung der neuesten Konstruktionen, Apparate und Maschinen nach dem Stande vollkommener Technik.

Schwint-Dahlhausen bekräftigt aus Menschlichkeitssicht und aus persönlichem Mitleid für Feup den Kauf und weist auf Feup's Entgegenkommen in kritischen Zeiten hin. Er erblickt in der gegenwärtigen Ansicht ein politisches bzw. persönliches Motiv. Die Leipziger Druckerei soll 7,860 Mark kosten, während die Anschaffung circa 11,000 Mark betragen werde.

Hausmann-Olsenstücken schließt sich den Ausführungen Schwint an und bezeichnet eine ablehnende Haltung als eine echt kapitalistische Grundfrage.

Die Abstimmung ergibt eine große Majorität für den Antrag, Feup die Presse abzugeben.

Hierauf tabelt Schall-Kirchländer, daß Feup dem Delegierten Hausmann fortwährend Notizen zugesandt habe und dieser sich auf Grund solcher Beistellungen zu den verschiedenen Verhandlungsbereichen Feups herbeigelassen habe.

Abdann wird ein Beschluß angenommen, wonach das Statut vom 1. November an in Kraft treten soll.

Müller beantragt die Regelung des Kaufabschlusses dem Centralvorstand zu übertragen.

Bunte-Dortmund beantragt, erst die Gutachter anzuhören und die Beistellungen zu befragen.

Werbelmann-Wattenstich, Mann-Laer und Steffen-Wurmbach sind dagegen.

Müller schlägt vor, das Mittel zwischen den von beiden Seiten aufgestellten Gutachtern dem Verkaufspreis zu Grunde zu legen.

Bunte-Dortmund ist entschieden dagegen.

Durch Abstimmung wird dem Vorstand die Regelung dieser Angelegenheit übertragen.

Antrag betreffend den Inhalt der Zeitung.

Schwint-Dahlhausen begründet den Antrag mit dem Hinweis auf den Charakter der heutigen Verhandlungen und den Streit zwischen Margraf und Schröder. Er beantragt, besonders die tendenziösen politischen Artikel.

Feup, dem auf vielfältiges Drängen das Wort zu einer Ansprache erteilt wird, erklärt, daß seine Frau und er sich dem Verkauf nicht widersetzen würden und schlägt vor, daß 3 Gutachter seitens des Vorstandes und zwei von der Firma gehört werden mögen.

Ein Antrag auf Schluß der Generalversammlung wird nach lebhafter Debatte abgelehnt.

Der Antrag auf Verlegung des Bureaus und der Druckerei nach Bochum wird, nachdem Meyer die Erklärung über die Verlegung abgegeben, von Müller mit Rücksicht auf die Gelsenkirchener Kameraden bekräftigt.

Margraf ist ebenfalls dagegen und erblickt darin eine schwere Schädigung. Es könne ihm nicht gleichgültig sein, wie der Vorstand zusammengesetzt sei, und sei es jedenfalls verhängnisvoll, wenn Männer in demselben sitzen, die die Mitglieder kalt zurücklassen anzusehen die andere benutzenden auszuflären, zu überlegen und für sich zu gewinnen.

Müller fordert die Gelsenkirchener Kameraden zur Gegenüberstellung zu diesem Antrag auf.

Kettler-Bochum hält die Meinungsäußerung der Gelsenkirchener für überflüssig und bekräftigt die Verlegung nach Bochum, indem er besonders die Lage als geographischen Mittelpunkt 2c. 2c. hervorhebt.

Spitzel-Motthausen ist in Anbetracht der gewaltigen Kosten dagegen.

Meyer theilt die Bedenken Müllers nicht, weist auf die früheren Beschlüsse der vorhergehenden Generalversammlung hin und bekräftigt die Verlegung.

Krusch-Adendorp spricht zu Gunsten der Beibehaltung des bisherigen Ortes für das Bureau und die Druckerei.

Der Antrag auf Verlegung wird abgelehnt.

Die Festsetzung der Daten wird dem Vorstand überlassen.

Nach kurzer Ansprache erfolgt der Schluß der zweiten Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergleute am 9 Uhr.

Möge sie der Bergarbeiterbewegung zum Nutzen und Heil gereichen!

Internationale Bergarbeiterbewegung.

Rußland. Arbeiterausstände sollen nach Meldungen aus Warschau in zahlreichen Kohlenbergwerken in Russisch-Polen erfolgt sein. In den der Kaiserbank gehörigen Gruben im Wendischer Bezirk feiert die Hälfte der Arbeiter.

Amerika. Der Mann, welcher den Morbversuch gegen den Direktor der Carnegie'schen Werke, Frid, unternahm, nennt sich Alexander Wichmann, ist Drucker, 21 Jahre alt, Rasse von Geburt und seit 4 Jahren in Amerika, anständig. Bei seiner Vernehmung erklärte derselbe, er sei lediglich in der Absicht, Frid zu tödten, den er als einen Feind der Arbeiter ansehe, nach Pittsburg gekommen. Als Wichmann bei seiner Einlieferung in das Polizeicommissariat konstatirt wurde, fanden sich in seinem Munde 2 Dynamitpatronen vor. Man nimmt an, daß er damit, wie seiner Zeit der Anarchist Bing in Chicago, sich selbst habe tödten wollen. Das Befinden Frids ist, nachdem es gelungen ist, die Kugel aus der Wunde zu entfernen, ein leidlich befriedigendes. Der Gouverneur von Pennsylvania beantwortete ein Gesuch der Homestead Bürger um Zurückziehung der Truppen folgendermaßen: Die Soldaten müßten in der Stadt verbleiben. Er selbst verbleibe nöthigenfalls den Semmer in Homestead, um die Ordnung aufrecht zu halten.

Indien.

8606 Bergleute sind in den letzten 50 Jahren beim westfälischen Bergbau ums Leben gekommen, d. h. sie waren glücklos verunglückt, daß sie spätestens nach 24 Stunden starben. Wenn auch wir zugeben wollen, daß bei den weniger technisch entwickelten bergbäuerlichen Betrieben die Zahl der Unfälle erheblich bedeutend geringer gewesen ist, wie heute, so will es uns doch scheinen, daß die Zahl viel zu gering gewesen sein wird. Da indessen hier genaues statistisches Material uns nicht zur Verfügung steht so wollen wir uns damit begnügen. Es kommen somit auf das Jahr 172 tödliche Unfälle. Rechnet man hinzu die Opfer, welche infolge von Verletzungen nach langjähriger Krankheit und Gebrechlichkeit der Bergbau gelidert hat — eine Zahl, die mit mathematischer Gewißheit niemals wird festgestellt werden können — so wird sich aus der Gesamtsumme ein schauerlicher Beweis für die diegepriesene Fürsorge des Unternehmertums und die Gewissenhaftigkeit der Grubenaufsicht ergeben. Darum auch muß es die Bergarbeiterbewegung als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, die Beaufsichtigung des bergbäuerlichen Betriebes selbst auszuführen. Sie muß immer von Raum den Ruf, nach Aufschärfung der Grubenaufsicht, mit allen Verhältnissen und Gefahren vertraut, energisch gegen die Vernachlässigung der bergbäuerlichen Vorschriften Front machen. Ebenso aber müssen die Vertreter der Bergleute dafür Sorge tragen, daß auf diesem Gebiete in umfangreichem Maße statistisches Material gesammelt wird. Erst wenn das geschehen sein wird, erst dann wird die Zahl der Massenanfälle sich verringern, erst dann wird dem ausbeutenden Kohlenbaron die Verlegenheitslüge genommen sein, mit der er bei solchen Gelegenheiten auf den Arbeiter die eigene Schuld abwälzt, indem er zeteri: „Halt den Dieb!“

Aus dem Kreise der Kameraden.

Bochum. Knappschäftliche Wohltaten. In den besagten Ausführungen Frebes an den Minister des Innern, daß die älteren Bergleute mit den Knappschäftsverhältnissen zufrieden seien, diene folgender Lebenslauf eines alten Bergmanns, zu dem es tausend und mehr Seitenfülle giebt.

Der Bergmann S. geht hierdurch folgendes bekannt: „Seit dem Jahre 1850 habe ich Bergarbeit betrieben und zwar zunächst auf der Zeche „Solmitz“ bei Reininghausen. Im Jahre 1855 wurde ich als Mitglied der Knappschäftskasse unter der Nr. 5325 beim Bochumer Verein eingetragen und erhielt ein halbes Jahr später, den Hauergab, wonach ich folgebessenen den Beitrag zur 1. Klasse zahlte. Während der Jahre 1855—59 arbeitete ich auf Zeche „Erone“, von welcher Zeche ich dann einen Abkesscheit erhielt, auf welchen ich lange Zeit keine Arbeit bekam. Ich hatte eine kleine Differenz mit einem Vorgesetzten, der mir daraufhin eine solche Abkesscheit ausstellte.

Erst nach wiederholten Beschwerden erhielt die Zeche vom Ministerium den Befehl, mir eine andere Abkesscheit auszustellen und mich in meine Rechte in der Knappschäftskasse wieder einzufügen. Endlich im Jahre 1861 fand ich wieder Arbeit in Oberhausen, auf Zeche „Kontordia“, zu welchem Zwecke eine Umkehrung nach Essen nöthig wurde. Im Essener Knappschäftsbereich wurde ich unter der Nr. 9182 eingetragen und arbeitete bis zum Jahre 1863 baselbst, von wo ich dann wieder nach hier kam, um in hiesiger Gegend Arbeit zu nehmen. Solche fand ich denn auch auf Zeche „Tremora“, Johann auf „Dorffeld“, „Neu-Dorffeld“, „Karlsglad“, „Schwabe“, „Schleswig“ bei Bradel und „Schürbank-Charlottenburg“, auf welchen genannten Zechen mein Beitrag zur 1. Klasse erhoben wurde, ähnlich wie vorhin.

Auf mein Verlangen, daß ich zur Essener Knappschäftskasse gehöre, wurde mir erwidert, daß sich das gleich bleibe. Im Jahre 1867 erlitt ich einen Unfall auf Zeche „Schürbank-Charlottenburg“, bei welcher Gelegenheit der Schiefer gehoben wurde, der bis dahin über meine gezahlten Beiträge gedeckt war und mir die Eröffnung gemacht wurde, daß ich infolge veräußerten Unschlusses keinen Anspruch hatte. Also eine unverkündete Degradirung — von der 1. in die 2. Klasse; — denn wenn mir nicht obiger Befehl gegeben wäre, hätte die Umkehrung rechtzeitig gesehen können. Man darf aber Niemand glauben, daß ich die zuviel gezahlten Beiträge wieder zurück erhalten hätte. Wellebe nicht!

Die Voraussetzung, daß die Grubentemperatur ihren schädlichen Einfluß auf mein kaum geheiltes Bein ausübte,

würde — und die oben erwähnte Degradirung in der Klasse der Knappschäftskasse veranlassen mich, die Bergarbeit aufzugeben und andere Arbeit zu thun. Deshalb nahm ich während der Jahre 1869—1873 Beschäftigung auf dem „Höbber Bergwerk“ und „Hüttenverein“. Meinen vorher gefassten Entschluß wurde ich jedoch im Jahre 1873 wieder untrun: denn ich glaube mich doch wieder stark genug, den Einflüssen der Grubentemperatur trotzen zu können — und fahre auf der Zeche „vereinigte Westfalen“ wieder an.

Als 1878 die famose neue Grubenordnung aufgestellt wurde, welche die Arbeiter zur Unterschrift vorgelegt erhielten, sagte ich: „Mein eigenes Todesurtheil zu unterschreiben, fällt mir nicht ein.“ Deshalb wurde ich entlassen, worauf abemals eine sechs Monate währende andere Arbeit von mir verrichtet wurde. Dann aber erhielt ich wieder Arbeit auf der Grube und arbeite noch heute in derselben. Nunmehr aber erhalte ich vom allg. Knappschäftsvorstand ein Schreiben des Inhaltes, daß ich keine Beiträge mehr zu bezahlen brauchte, keine Pensionsberechtigung besäße und die vom 1. Januar 1892 ab gezahlten Beiträge wieder einzahlen könne.“ Dieser Lebenslauf eines Bergarbeiters ist äußerst lehrreich. Dem Ende seiner Tage sich nähernd, wo der sein Leben lang tapfer sich Abmühen durch die Pension Erleichterung zu erlangen hofft, steht er plötzlich alle Hoffnung durchkreuzt.

Westmar. Wie fegensreich die Knappschäftskasse wirkt, erhellt aus folgendem Vorkommniß. Ein Bergmann trat am 7. Juli 1868 der Knappschäftskasse bei und war Mitglied zweiter Klasse. Er gehörte derselben länger als 10 Jahre an, als er auf 8 Jahre gefänglich eingezogen wurde. Nach dieser Zeit trat er dann ein Probejahr und konnte trotzdem nicht zur Mitgliedschaft zugelassen werden, weil er zu alt war. Natürlich war er auch zu alt und unfähig, die Gelder, die er während der länger als zehnjährigen Mitgliedschaft vor seiner Gefängnisstrafe eingezahlt hatte, zurückzuerhalten. Unsere Knappschäftskasse ist darin einzig, das muß ihr der Heil lassen. Sie weiß wie es gemacht wird; nobel muß die Welt zu Grunde gehen.

Widern. Abgebrannt ist das Schachtgebäude nebst Kohlenwäsche 2c. der Zeche Pluto Schacht II (Wilhelm). Das Feuer kam am 7. d. Mts. gegen 9 Uhr Vormittags aus und konnte bei dem reichlichen Vorhandensein brennbarer Stoffe, sowie bei dem ganz außerordentlichen Wassermangel nicht gelöscht werden. Es brannte somit vollständig aus. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen, doch bedeutet es dennoch für viele eine Zeit bitterster Noth. Da voraussichtlich die Förderung bis auf weiteres eingestellt wird, so steht einem großen Theil jedenfalls eine Zeit längerer Arbeitslosigkeit oder aber geringeren Verdienstes bevor und mancher Familienvater wird sich dem letzteren unterwerfen müssen, nur um die Entlohnungen von den Seinen fern zu halten.

Dahlhausen. Im Monat Juli wurden auf Zeche Hasenwinkel (Bochumer Verein) 5, auf Baaker Mulde 2 Feiertage eingelegt. Die Bergleute werden bei willkürlichem Feiern auf das strengste bestraft — wer aber sträpft hier, wo die Allgemeinheit der Arbeiter so schwer geschädigt wird, das Einlegen von Feiertagen seitens der Zechen?

Rotbor. Frisch Vogel oder Fisch? Das ist der Grundsatz unserer Unternehmern beim Erlaß von Arbeitsordnungen. Das zeigte sich auch hier. Man berichtet darüber: Sämtliche Arbeiter der Bismarckhütte weigerten sich, die neue, der niederpreussisch-westfälischen gleichartige Arbeitsordnung zu unterschreiben und wurden daraufhin entlassen.

Wer sich nicht willenlos den zum Theil recht willkürlichen Wünschen des Unternehmertums unterwirft, wird einfaß auf's Pfaster geworfen.

Hohenmölsen. Sie gehen Arm in Arm, nämlich die Behörden und Verwaltungen mit dem Unternehmertum. Aber nicht nur in kritischen Zeiten, bei Arbeiterausständen, sondern auch wenn die Waffen des wirtschaftlichen Kampfes ruhen. Den trefflichsten Beweis dafür lieferte hier eine Stadtverordnetenversammlung, deren Bericht wir folgendes entnehmen:

„2. In der vorigen Sitzung war dem Grubenbesitzer Schlegel gegen seine Mindestforderung von 9.50 M. für das Tausend Braunkohlensteine die gesammte Lieferung an Heizmaterial übertragen worden, doch hat derselbe nachher sein Angebot mit der Einsubildigung zurückgezogen, daß er sich seinen Geschäftskonkurrenten verpflichtet habe, nicht unter 10 Mark zu liefern. Es wird beschlossen, von einer Regressnahme an Herrn Schlegel Abstand zu nehmen und die ganze Lieferung dem Grubenbesitzer Schumann zu dem Zwangspreise von 10 M. zu übertragen. Hoffentlich hält dieser Zwang gegen die Konsumenten seitens der Produzenten nicht allzu lange vor.“

Wenn die Bergleute zur Erlangung besserer Bohnen und Arbeitsbedingungen zum äußersten Mittel greifen, dann werden sie mit Gewehr und Knüttel und kleinlichstgen blauen Bohnen beruhigt oder bei der geringsten Uebertretung mit schweren Strafen bedroht. Das Unternehmertum darf aber seine Arbeitsbedingungen verbessern, darf alle Theilnehmer einer darauf gerichteten Vereinbarung durch Androhung von Geldstrafen zwingen, an der Verabredung festzuhalten. Für diese existiert eben der § 153 der Gew. Ordn. nicht!

Briefkasten der Redaktion.

Einige Einsendungen mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Offene Anfrage. Frage hiermit bei der Redaktion der Zeitung deutscher Bergleute an, wer der Einsender des Artikels „Ullwasser Gebildete Beamte in Nr. 24 vom 13. Juni 1891“ gewesen ist. Alb. Teppel, Waldburg.

Da fragl. Artikel bereits vor länger als einem Jahre noch unter der Redaktion unseres Vorgängers veröffentlicht wurde, so können wir Auskunft darüber aus eigener Erfahrung nicht geben, doch wird hoffentlich der damalige Gewährsmann uns nicht im Stiche lassen und kommen wir dann noch einmal darauf zurück. Die Redaktion.

Berichtigung.

In der Nothiz unter „Fischerleben“ der vor. Nr. dieser Zeitung muß es statt 45 Mark heißen: 45 Pfg.

Von verschiedenen Vertrauensmännern wird die Ansicht laut, es läge nicht und allein nur an ihnen, ob der betr. Bezirk (Zahlstelle) abgemeldet werde oder nicht. Dem ist nicht so! Nach dem Vereinsgesetze sind die Veränderungen in der Mitgliedschaft innerhalb dreier Tage der Bezirkspolizeibehörde sowohl, wie auch der Behörde am Sitz des Vereines (Verbands) anzumelden. Nach unserem Statut (§ 7) haben aber die Vereinsmitglieder die Abmeldungen dem Vorstande anzuzeigen. Aber nur solche Personen sind abgemeldet, die wirklich, d. h. laut Statut, abgemeldet werden dürfen: ob sie aber politisch abgemeldet werden können, darüber entscheidet (§ 7) einzig und allein nur der Vorstand! Wenn also verschiedene Vertrauensmänner vielleicht d. zwegen, weil sie kein Mitglied aus dem Verbande gesehen bekommen können, oder aus anderen einseitigen, h. persönlichen Gründen der Meinung sind, hingehen, mit einer ev. Abmeldung der ganzen Zahlstelle den Verbands-Vorstand wirksam bedrohen zu können, so befinden sie sich damit im Irrthum. Die scharfen Mitten der General-Versammlung sind ein entschiedenes Veto gegen ferneres Verbandsforger.

Denn nicht die von der Sache abweichenden Vertrauensmänner haben dem Vorstande bezügl. solch tiefgreifender Abmahnungen Vorschriften zu machen, sondern der Vorstand hat erst derartige Fälle im Interesse des Verbandes eingehend zu prüfen und danach seine Anordnungen (Abmahnungen nicht) zu treffen. —

Denn 1. wird der Vorstand entweder gar nicht oder nur höchst selten eine Zählstelle abmelden resp. abmelden lassen; aber niemals dann, wenn der Vertrauensmann, ohne dazu speciell per Schriftstück ermächtigt zu sein, es gethan hat. In diesem Falle ist die Zählstelle bei der Drispolitikbehörde dann abgemeldet, aber nicht bei der Behörde am Sitz des Bundes. Der Vertrauensmann hat dann seine stamtarischen Rechte überschritten und wird laut Vereinsgesetz bestraft. Der Vorstand wird derartige Vorkommnisse streng behandeln. —

3. Endlich schädigt ein solches, schon in zwei Fällen als Vergehen gegen das Vereinsgesetz und allgemeine Recht gekennzeichnetes Handeln auch die Kampforganisation der Bergleute; denn es ist mit dem Abstreifen vom Verbande, mit dem Hottreten, wie es in früheren Zeiten bei den Bergleuten der Fall gewesen, dem von uns geführten Klassenkampfe durchaus nicht gebient.

Das Geringste, was vom Anstand und der Symplicität der Ver-
trauensmänner gefordert werden muß, ist, daß sie zuvor ihren Austritt
dem Vorstande anzeigen, bevor sie dadurch gegen den Verband auftreten,
daß sie denselben Mitglieder abwerbig machen.

H. Möller, Schriftführer.

Kameraden von Weißstein! Es gilt einen harten Kampf zu unternehmen. Wir ersuchen alle diejenigen Familienväter, welche Liebe zu ihren Angehörigen besitzen, welche eine Verbesserung im Knappschaftlichen wünschen, welche das Loos ihrer Frauen und Kinder bei einem Hinscheiden des Mannes, bei Krankheit oder Unfall u. s. w. verbessert sehen resp. eine höhere Wittwen und Waisenrente erzielen wollen, daran theilzunehmen. Alle, die ihr ein Herz für Weib und Kind und ein Interesse an der Sache habt, tretet ein in den Kampf, tretet ein als Männer für das fernere Wohl eurer Familien!

Darum auf zur Wahl
am 31. August d. J., Nachmittags 3 Uhr,
in Rathhof zum deutschen Hause, zu Wertheim. Da gilt es
für ihn und seiner Familie ihr Loos zu stimmen, gibt demjenigen die
Stimme der sich bezeugt ist als Kämpfer, der schon längst für unsere
Sache, für das Wohl unser Aller und unser Angehörigen gekämpft hat,
hilft die Reueken aus dem Feuer holen!

Wilhelm Betzner.

Möge dieser Aufruf allen Männern in den Ohren klingen, die ein Herz für unsere gute Sache haben!

**Vieler Kameraden, Wähler und Mitglieder
der Zahlstelle Weiskstein.**

Altendorf [Gfien] 11½ Uhr.
 Altenessen 4 Uhr.
 Altenbochum 2 4 Uhr.
 Aplerbeck 4 Uhr.
 Brunnengawien 11 Uhr.
 Barop 4 Uhr.
 Bruch 11 Uhr.
 Bochum 1 4 Uhr.
 Bochum 2, 11 Uhr.
 Brädel 5 Uhr.
 Bommern 4 Uhr.
 Carnap 6 Uhr.
 Dümpten 4 Uhr.
 Dellwig-Folke 4 Uhr.
 Eidel 4 Uhr.
 Ende 2 5 Uhr.
 Eppendorf 5 Uhr.
 Frohnhausen 6 Uhr.
 Gørbe 4 Uhr.
 Gortferhausen 11 Uhr.
 Gørne 3 Uhr.
 Gortbruch 1 4 Uhr.
 Gortermart 11 Uhr.
 Gorfien 2 5 Uhr.
 Gengsen 4 Uhr.
 Gleg 4 Uhr.
 Gorfchörbe 1 8 Uhr.
 Gorfang-Kupferbrech 5 Uhr.
 Gorten 4 Uhr.
 Grew-Gengelfanz 3 Uhr.
 Grieder-Stätten 5 Uhr.
 Güttenfcheib 11 Uhr.
 Gtrum 4 Uhr.
 Gtiepel 2 4 Uhr.
 Gteinfuhl 2 4 Uhr.
 Gteele.
 Gchalle halb 4 Uhr.
 Gchänge 4 Uhr.
 Gchnee 4 Uhr.
 Gchwertkerheide 4 Uhr.
 Gwerben 11 Uhr.
 Gwiemelhausen 4 Uhr.
 Gwicde 5 Uhr.

Sonntag, den 14. August, Nachm.
4 Uhr, bei H. Baas, Rheinfischgr. 93.

Versammlung.

Diesem'gen Mitglieder, die mit ihrer
Beiträgen, länger als drei Monate
im Rückstande sind, werden ersucht,
dieselben in dieser Versammlung zu
entrichten, sonst wird ihnen die Zeitung
entzogen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vertrauensmann.

Der Zeitungsbote G. Schürumpf ist ermächtigt Beiträge und Eintrittsgelder für den Verband einzufassen.
Der Verbands-Vorstand.

Umstände halber ist für August der
Bischof auf Sonntag, den 14. d.
Mts. verlegt.
Die Mitglieder werden ersucht,
ihren Pflichten besser nachkommen zu
wollen, da keiner, der mehr als 3
Monate im Rückstande ist, eine Stel-
lung mehr bekommen kann.
Der Vertrauensmann.

Die Versammlung findet am 14. August, Nachmittags 4 Uhr, beim Wirth Siesweg statt. Zahlreiche Theilnahme und Entschiedenheit der rückständigen Beiträge ist dringend geboten, da sonst Ausschluss der Redirenden statthaben muß.

Der Vertrauensmann.

**Samstag, den 14. Aug., Nachmittags
4 Uhr,
beim Wirth Rapp Krieger
Versammlung.**

- Die Mitglieder werden ersucht,
pünktlich zu erscheinen.
Der Berichterstmann.

Sonntag, den 14. Aug., Nachm.
4 Uhr, im Vereinslokal
Versammlung.

**Zahlung der Beiträge und Aufnahme
neuer Mitglieder.**
Wegen wichtiger Besprechung über
die General-Versammlung werden alle
Mitglieder ersucht zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Ihr Herrmann Stenzel sind
13 Mark zusammengebracht und läßt
der Empfänger allen Gebern seinen
besten Dank durch mich aussprechen.
Der Vertrauensmann.

Alle für den Verband bestimmten Sendungen sind zu richten an den ersten Vorsitzenden
Ludwig Schröder, Gelsenkirchen, Friedrichstraße 49;
 Alle Sendungen für die Hauptkasse an den Kassirer
Joh. Meyer, Gelsenkirchen, Friedrichstraße 49;
 Für den Kontrollausschuß an: **Peter Klobes, Lütgendortmund.**

Es ist wohl zu beachten, daß bei Aufnahme neuer Mitglieder und auch bei Abmeldungen der Wohnort angegeben werden muß!

Die Behörden haben ein Recht das zu verlangen.

Heint. Röller, Schriftführer.

Die Vertrauensmänner wollen bei Einsegnung der Beistände angeben für welchen Bezirk es ist, wieviel Marken verausgabt worden und wie viel vorhanden sind. Für Eintrittsgeld ist keine Marke abzugeben.

Die Mitglieder wollen darauf achten, daß bei Bezahlung ihrer Marken ausgehändigt werden.

Bekanntmachung.
Die Vertrauensmänner wollen den
Delegirten für die General-Versamm-
lung für Sonntag 4 Mt., für Mon-
tag 6 Mt. nur an diejenigen zahlen,
welche eine mit dem Verbandsstempel
versehene Legitimationskarte abgeben
können.

Der Vize J. Köpfel ist beauftragt Beiträ- und Neuanmeldungen beim Antragen der Zeitung in Empfang zu nehmen. Die Mitgliedsbeiträge von Hordel 2 wollen sich Köhlinghausen anschließen.

Der Vorstand.

Jeden 2. Sonntag im Monat, 5
Uhr Nachmittags, beim Wirth Pier-
burg. Zahlung der monatlichen und
rückständigen Beiträge. Diejenigen
Mitglieder, welche länger wie drei
Monate im Rückstande sind, werden
ersucht ihre Beiträge zu entrichten,
widrigenfalls ihnen die Zeitung ent-
zogen wird.

Der Vertrauensmann.

Sonntag, den 14. August, Nachm.
3 Uhr, im Fotalc des Herrn Wem-
höner, Sunderweg 31

Weil sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, werden die Mitglieder ersucht, zahlreich zu erscheinen. Diejenigen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben zu entrichten, weil sonst unbedingt ihre Abmeldung erfolgen muß.
Der Britanienmann.

Sonntag, den 14. August, Nachm.
5 Uhr, im Vereinslokal
Versammlung.

Ich möchte bitten, daß die Mitglieder zahlreicher erscheinen und ihren Verpflichtungen bestmöglichst nachkommen. Da noch mehrere Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, ersuche ich dieselben an diesem Tage zu entrichten, wofür ich ihnen die Zeitung entzogen wird.

Der Vorrausmann.

Da das bisherige Botal der Bmr.
Koriländer nicht mehr zur Verfügung
steht, so finden die nächste

Sonntag, den 14. August, Nachmitt.
1/4 Uhr, beim Wirth Hermann Funke,
Lindenstraße 29, statt.

- Tages-Ordnung:**
1. Wahl eines Lokales.
2. Zahlung der Beiträge.
3. Verschiedenes.
Nege Theilnehmung erwünscht.

von
F. Bunte,
Dortmund, Rheinische Straße 52.

Sonntag, den 21. August, Vormitt.
10 Uhr, in Schröder's Lokal
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vorschläge zu einem Vertrauensmann,
Abschluß Zahlung der Beiträge und
Aufnahme neuer Mitglieder.
Allseitiges Erscheinen notwendig.
Der Vertrauensmann.

Sonntag, den 21. August, Nachm.
4 Uhr, im alten Lokale.
Vorstands-Sitzung
der (früheren) geschl. Gesellschaft;
„Hoffnung zu Eidel“.
Wichtiger Weg legen hien halber
bittet um pünktliches Erscheinen.
Der Vorsitzende Aug. Kaiser.

Sonntag, den 14. August, Nachm.
5 Uhr **Versammlung.**
Diejenigen Mitglieder, welche länger
als 3 Monate im Rückstande sind,
ersuche ich an diesem Tage ihre Bei-
träge zu entrichten.
Der Vertrauensmann.

Die Zahlstellen des Verbandes
Deutscher Bergleute von Ge-
senkirchen 1, 2, 3 und 4 erklärten die **Behandlung** Hausmann
für. **Austritt** aus dem Verbande
sowie sein Mandat zur Generalver-
sammlung für eine — 0.
Folgend die Unterschriften von 4
Vertrauensmännern und 42 Mit-
glidern.

Den Mitgliedern hierdurch zur
Nachricht, daß jeden 2 und letzten
Sonntag im Monat

Hallenser. Ich ersuche deshalb um
pünktliche Berichtigung der Beträge
sowie bish. r.
Der Vertrauensmann.

Sonn'ag, den 21. Augst, Vorm.
11 $\frac{1}{2}$ Uhr Anfang und Nachm. 3 $\frac{1}{2}$
Uhr Fortsetzung beim Wirth Robert
Heddenbach. Kreisstraße 11

der Mitglieder des Consum-Vereins
rhein.-westf. Bergleute „Stück-Auf“.
Hierzu werden hauptsächlich einge-
laden: 1. Der Ausschuss. 2. Der
Vorstand. 3. Die Bureauhäupten des
Consum-Vereins und sämmtliche Mit-
glieder. Tagesordnung:
Wie stellen wir uns zu den Er-
klärungen des H. Brinckmann-Rat-
tenstein, J. Probst, Gelsenkirchen und
des Vorstandes des Consum-Vereins.
2. Consum-Angelegenheiten.
Nur Mitglieder, welche sich legiti-
miren können, haben Zutritt.

Sonntag, den 14. August, Vorm.
11 Uhr **Versammlung.**
1. Zahlung der rückständigen Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
Nach der Versammlung findet eine
Besprechung über das zurückgekommene
Statut des bergmännischen Unter-
stützungs-Vereins zu Brunnthalhausen
statt.
Der Vorsitzende Mann.

Am Sonntag, den 14. August,
feiert die Zahlstelle Marten ein
geschlossenes
K r ä n z t h e n .
Bei eintretender Dunkelheit großes
brillant **Feuerwerk.**
Eutree 30 Pfg. Die Mitglieder
haben ihr Eintrittsbuch als Begliti-
gung mitzubringen.
Der Vertrauensmann.

des
Verbandes deutsch. Bergleute.
Linden. Am 5. August verun-
glückte auf Zeche Hasenwinkel unser
treues Verbands- und Consumirtglied
Friedr. Reddenbeck.
Derselbe war ein guter Kamerad.
Ehre seinem Vaterland.